einer klaren Zweckbindung: Das Infektionszentrum in Bengasi darf das Geld nur für Labortechnik, die Krankenhausapotheke sowie die Ausbildung des Personals verwenden.

Eigentlich sollte die Einigung zum EU-Gipfel Ende Juni stehen, doch die Libyer erhoben Nachforderungen. Zweimal trafen Steinmeier und Ferrero-Waldner den libyschen Unterhändler Ubeidi am Rande der Außenministertagung Mitte Juni in Luxemburg, um die letzten Details zu besprechen. Doch zunächst gab es neue Schwierigkeiten.

Neben finanziellen Details waren es vor allem juristische Absicherungen, welche die Libyer einforderten. Sie bestanden darauf, dass sich die Krankenschwestern und der Arzt schriftlich verpflichteten, nach einer etwaigen Freilassung die libysche Regierung oder ihre Behörde niemals auf Schadensersatz für ihre Leidenszeit zu verklagen. Umgekehrt verlangte die EU, dass auch die libyschen Familien von allen weiteren rechtlichen Schritten absehen.

Das Fondsmodell erlaubt nun jeder Seite, ihr Gesicht zu wahren: Die EU und die bulgarische Regierung können einigermaßen glaubwürdig versichern, sie hätten kein Lösegeld für die Gefangenen gezahlt. Die Mittel stammten „von der Gaddafi-Stiftung, es ist libysches Geld“ beharrte EU-Kommissarin Ferrero-Waldner.

Die Regierung in Tripolis kann dagegen behaupten, dass die Hilfsgelder aus einer Mischung staatlicher und privater, libyscher und internationaler Quellen stammten. Nach außen möchte Gaddafi nämlich den Eindruck wahren, dass internationale Finanziers für die Krankheit der Kinder aufkamen.



PIERRE HOUNSFIELD / EYEDEA / GAMMA / STUDIO X

Politiker Sarkozy, Ehefrau Cécilia
Beileidsvisite einer Mutter

Tatsächlich aber musste die libysche Regierung noch einmal kräftig nachschießen, weil aus der ursprünglichen Fondssumme allein die Forderungen der Opfer nach einer Million Dollar pro Familie nicht beglichen werden konnten. Offenbar war dem Wüstenherrscher letztlich ein Ende der Affäre so wichtig, dass er selbst in die Tasche langte.

Dass die Libyer allerdings vor der Auslieferung der Krankenschwestern noch einmal Nachforderungen stellen könnten, beunruhigt nicht nur die Regierung in Sofia. Aus eigener Erfahrung weiß auch Unterhändler Steinmeier, dass die Führung in Tripolis immer für Überraschungen gut ist. So hatte der Vermittler Ubeidi beim letzten Treffen in Tripolis beiläufig behauptet, der Arzt sei als Palästinenser nie Teil des Geschäfts gewesen. Steinmeier war empört, unterbrach die Sitzung und rief seinen Kollegen in Sofia an: „Du musst den jetzt zum Bulgaren machen.“

Außenminister Iwailo Kalfin bat um ein Foto des Mediziners. Der Fotograf der Steinmeier-Delegation scannte sein Reisearchiv und identifizierte Aschraf al-Hadschudoch auf einem der Gruppenbilder. Er vergrößerte den Bildausschnitt und schickte das improvisierte Passbild per Mail nach Sofia. Kurze Zeit später erhielt der Arzt die bulgarische Staatsbürgerschaft.

Die größte Aufregung bei den europäischen Unterhändlern riefen freilich nicht die Trickser aus Tripolis hervor, sondern ein enger Verbündeter. Mit seiner jüngsten Einmischung in die Affäre drohte der umtriebige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy kurz vor Schluss noch einmal alles zu gefährden.

Zuerst schickte der Neuling auf dem diplomatischen Parkett seine Gattin Cécilia auf eine Beileidsvisite zu den Krankenschwestern und den infizierten Kindern – in ihrer Eigenschaft „als Mutter“, wie der Elysée-Palast treuherzig vermeldete. Dann offerierte er sich selbst als Vermittler und kündigte eine Reise zu Gaddafi an – für Tripolis eine willkommene Gelegenheit, nachzubessern: Was denn mit dem Angebot von Frankreichs „première dame“ sei, noch ein weiteres Krankenhaus in Bengasi zu modernisieren?

Steinmeier fühlte sich vom französischen Übereifer ausgebremst und wandte sich an seinen Partner Seif al-Islam: Der Deal sei bereits perfekt, so das Mantra des Deutschen, da gebe es nichts mehr zu ergänzen. Über weitere Unterstützung könne man allenfalls bei Gesprächen über künftige EU-Aufbauprojekte reden.

Doch erst, wenn der umtriebige Sarkozy aus Tripolis zurückgekehrt ist, werden die Diplomaten in Sofia und Berlin wirklich aufatmen können. Der französische Staatschef wird für Mitte der Woche in Libyen erwartet.

Ralf Beste; Dieter Bednarz, Renate Flottau, Volkhard Windfuhr



LEFTERIS PITARAKIS / AP

Kontrahenten Brown, Putin: *Rückgriff auf die*

GROSSBRITANNIEN

Eiszeit in London

Riesenärger für Premier Gordon Brown: Moskau mauert im Mordfall Litwinenko. Zudem schocken Attentatspläne auf den in England lebenden Putin-Feind Boris Beresowski.

Der vornehme Londoner Stadtteil Mayfair ist in letzter Zeit kein besonders guter Treffpunkt, jedenfalls nicht für russische Dissidenten. Norberto Andrade, Barkeeper des Millennium-Hotels in Mayfair, kann das nur bestätigen.

Er erinnert sich noch sehr genau an jene vierköpfige Runde, die er am 1. November 2006 bediente und der ein gewisser Alexander Litwinenko angehörte. Andrade servierte gerade Gin Tonic, als bei Tisch plötzlich schlechte Stimmung aufkam und ein Durcheinander entstand, das der Kellner nachträglich als gezieltes Ablenkungsmanöver deutet.

In diesem Moment, so vermutet er, müsse jemand dem Ex-Agenten Litwinenko das radioaktive Isotop Polonium 210 in die Kanne mit dem grünen Tee gesprüht haben – was insofern zu den Ermittlungen um Litwinenkos späteren Gifttod passt, als dass Chemiker auf der Tischplatte und an einem Bilderrahmen entsprechende Partikel fanden. Beim Abräumen des Geschirrs fiel Andrade ferner auf, dass der restliche Tee gelber als gewöhnlich war, dickflüssiger und irgendwie „klebrig“.

Erstmals berichtete der Hotelbedienstete mit dem erstaunlichen Blick für Details in der vergangenen Woche öffentlich von seiner Nebenrolle in dem Agentenkrimi, der im vergangenen Herbst die halbe Welt erschauern ließ. Andrade ist damit der erste Zeuge, der sich der Presse stellt.

Der Zeitpunkt könnte passender kaum sein. Zugleich wurde nämlich bekannt, dass



ITAR-TASS / REUTERS

Folterwerkzeuge des Kalten Krieges

im Hilton, einem anderen Mayfair-Hotel, vor einem Monat der prominente Putin-Feind und Milliardär Boris Beresowski angeblich ins Jenseits befördert werden sollte. Ebenfalls von einem Auftragskiller, allerdings auf konventionellere Weise: statt mit Polonium mit einer simplen Knarre.

Der Verdacht auf einen neuerlichen Attentatsversuch im russischen Emigrantenmilieu führte zu diplomatischem Ärger, der mit jedem Tag an Schärfe gewann. Die britische Regierung will naturgemäß nicht dulden, dass London zum Schauplatz russischer Abrechnungen wird, und sie ist vergrätzt, weil der Kreml den Hauptverdächtigen im Litwinenko-Fall nicht ausliefert. Der Kreml wiederum ist sauer, weil Beresowski ständig von London aus gegen Putin stänkert und dort komfortable Rückendeckung genießt.

Die Briten denken nicht daran, sich des reichen Dissidenten zu entledigen. Warum also sollten die Russen ihnen in der Sache Litwinenko entgegenkommen?

Die britischen Ermittler sind seit ihren Recherchen in Moskau vollständig überzeugt, Litwinenkos Giftmörder zu kennen: den früheren KGB-Wachmann Andrej Lugowoi, einen Tischgenossen aus dem Millennium-Hotel. Der erfreut sich derzeit in Moskau bester Gesundheit, gibt großspurige Interviews und steht quasi unter Staatsschutz. Die russische Verfassung sieht die Überstellung von Staatsangehörigen an fremde Justizorgane ebenso wenig vor wie etwa das britische Common Law oder das deutsche Grundgesetz.

Beresowskis Beinahe-Mörder, der ebenfalls kurzfristig aus Russland eingeflogen sein soll – auch er offenbar in Begleitung eines Kindes wie zuvor Lugowoi –, wurde seit seiner Ankunft am 16. Juni in London-Heathrow beschattet. Agenten warnten Beresowski, der vorübergehend das Land verließ. Polizisten nahmen den Verdächtigen nach fünf Tagen fest, Ermittler verhörten ihn, und die Einwanderungsbehörde wies ihn schließlich aus. Anscheinend wollte der Mittdreißiger im Hilton einen Streit mit Beresowski anzetteln und ihn per Kopfschuss liquidieren.

Für den einstigen Oligarchen lief die Sache glimpflich ab, den Schaden hat, politisch, Gordon Brown. Sein Außenminister verwies am vorigen Montag vier russische Diplomaten des Landes – 72 Stunden später mussten im Gegenzug vier britische Botschaftsangehörige Russland verlassen.

Aus Moskaus Sicht wäre Lugowois Überstellung ein grundloses Entgegenkommen, fast eine Demutsgeste, denn die Briten haben in der Vergangenheit vergleichbare Gesuche durchweg abgelehnt. Die Russen verschleppen systematisch die Aufklärung des Mordes und zeigen bislang kein Interesse, den Täter – wie versprochen – zu ermitteln.

Brown hingegen wollte seine erste außenpolitische Kraftprobe gewinnen und griff auf Folterwerkzeuge aus der Eiszeit des Ost-West-Konflikts zurück. „Damit schießt man sich nur selbst in den Fuß“, sagt James Nixey, der Leiter des Russland-Programms beim Königlichen Institut für Internationale Beziehungen in London, „beide Seiten setzen Handelsbeziehungen in Milliardenhöhe aufs Spiel.“ Großbritannien ist derzeit der wichtigste Investor in Russland, 250 000 Russen wohnen in London, die Reichsten besitzen 20 Prozent der Luxusimmobilien dort.

Kaum ein internationales Thema können Brown und die anderen Europäer ohne Putin lösen. Der für Großbritannien besonders wichtige Kampf gegen den Terror beispielsweise wird nicht leichter, seitdem die Russen am vorigen Donnerstag gleich auch die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Eis legten. Weitere Nadelstiche aus Moskau: Britische Regierungsbeamte erhalten keine Visa mehr, Russen werden in offizieller Funktion das Vereinigte Königreich einstweilen nicht mehr aufsuchen.

Am liebsten würde der Kreml Beresowski ausgeliefert sehen; darum bemüht er sich seit Jahren. Denn unentwegt ruft der für sein hektisches Temperament bekannte Regimekritiker zum Sturz Putins auf. Mit seinen Bekenntnissen, er finanziere die Opposition, erweist er Gleichgesinnten wie der Bewegung Anderes Russland von Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow allerdings einen Bärendienst.

Auf Beresowski-Interviews im Westen folgen zuverlässig immer neue Ermittlungen der Moskauer Generalstaatsanwaltschaft. Mal lautet der Vorwurf auf Staatsstreich, mal auf Spionage. So soll Beresowski den Briten Dokumente des russischen Sicherheitsrats übergeben haben, dessen Vize er von 1996 bis 1997 war. Das könnte eine Gefälligkeit des Londoner Innenministeriums erklären: Die Behörde stellte dem Flüchtling einen Pass auf den Namen Platon Jelenin aus, nachdem er Asyl erhalten hatte.

In der Heimat dagegen gilt der Krösus nicht mehr viel. Sein Einfluss auf Oppositionskreise liegt bei null. Der Mann, der während der Jelzin-Ära zu einem der reichsten und einflussreichsten Russen aufstieg, hat keine Verbündeten mehr.

In London bildete er mit dem tschetschenischen Separatistenführer Ahmed Sakajew und mit Litwinenko ein lautstarkes Oppositionstrio. Das Recht, politische Feinde im Ausland zu liquidieren, hat das Parlament Putin im vorigen Jahr per Gesetz zugebilligt, sofern es gegen Terroristen geht. Dazu zählen nach Moskauer Lesart auch Tschetschenenpolitiker wie Sakajew. Bereits im Februar 2004 hatten russische Agenten in Katar Tschetscheniens Ex-Präsidenten Selimchan Jandarbijew durch eine Bombe getötet.





CATE GILLON / GETTY IMAGES (L.); YURI KADOBNOV / AFP (R.)

Regimekritiker Beresowski, Verdächtiger Lugowoi: *Den Häschern eine lange Nase drehen*

Solange an einen Austausch gegen Beresowski oder Sakajew nicht zu denken ist, präsentiert sich Lugowoi im heimischen Fernsehen frohgemut als Unschuldslamm und Opfer einer Intrige britischer Geheimdienstler. Der Triumph des Handlangers wirkt wie einstudiert – aus sicherer Entfernung kann er seinen ohnmächtigen Häschern eine lange Nase drehen.

Derweil versuchte Russland vergangene Woche, die Wogen der Erregung etwas zu glätten. Präsident Putin sprach von einer „Mini-Krise“, sein Botschafter in London, Jurij Fedotow, bat mit Blick auf Premierminister Brown, jetzt sei es „am wichtigsten, die Emotionen zu beruhigen“.

Rüdiger Falksohn, Uwe Klussmann